

05.12.2017

Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion

Bereitstellung von Finanzmitteln für die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates für die Stadt Friedrichshafen

Antrag:

Im Vorgriff auf die noch zu beratende und zu beschließende Satzung und personelle Besetzung eines Gestaltungsbeirates für Friedrichshafen soll die Summe von 100.000 Euro in den Doppelhaushalt 2018/2019 eingestellt werden.

Begründung:

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 13.02.2017 wurde die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Einrichtung eines Gestaltungsbeirats in Friedrichshafen, den Entwurf einer Satzung und personelle Vorschläge zur Besetzung des Gestaltungsbeirats zu entwickeln und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Da die Umsetzung innerhalb der nächsten zwei Jahre erfolgen wird, soll vorbehaltlich dieser inhaltlichen Beratung und Beschlussfassung im Doppelhaushalt eine Summe von 100.000 Euro eingeplant werden, damit die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates nicht an der notwendigen Finanzierung scheitert.

I. 2.

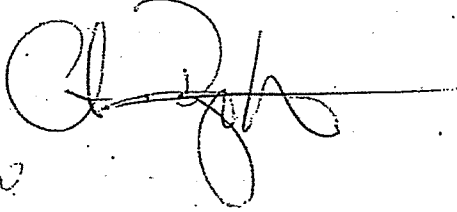
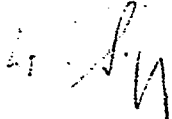
Interfraktioneller Antrag zum Stellenplan 2018/2019:

Entsprechend der Anträge der beiden Schulleitungen des Graf-Zeppelin-Gymnasiums und des Karl-Maybach-Gymnasiums beantragen die Unterzeichner, dass im Stellenplan die beiden halben Schulsozialarbeits-Stellen an den Gymnasien auf je eine ganze Stelle aufgestockt werden.

Angesichts der immer heterogeneren Schülerschaft an den Gymnasien und der Entwicklung zur Ganztagschule, sowie gestiegenem Konfliktpotential und der großen Schülerschaft ist bei einer halben Stelle für je ca. 800 Schüler eine kritische Größe unterschritten.

Wie dem Schreiben von OstD Felder zu entnehmen ist, wäre es vorteilhaft und wünschenswert, die Stelle zu 50% weiblich und zu 50% männlich zu besetzen.

Unterzeichner:

- B. Campesky, FDP-Gruppe bei Liadie St. Jilboge-Preis
- Dietrich Stahl SPD (Für die gesamte SPD-Fraktion)
- Roland Weisbach, SPD
- Ulf Neumann SPD
- S. Hof-Pehowitz FDP
- J. Mann Parteien:
- Ingrid Schimid ÖDP
- Für die CDU-Fraktion: 
- Für die FW: D. Hübner FW
- Für die Grünen: R. Janda
-  SPD

Bündnis 90 / Die Grünen
Gemeinderatsfraktion Friedrichshafen
Schanzstraße 14
88045 Friedrichshafen
☎ 07541/203-7930
✉ fraktion@gruene-fn.de

Fraktionsvorsitzende
Mathilde Gombert
☎ 07541-42202
✉ Mathilde.Gombert@rat.friedrichshafen.de

Friedrichshafen, 8.12.2017

Anträge zum Doppelhaushalt 2018/2019

.....

Personalstelle (100 Prozent) für die Grünabteilung

Antrag

Bündnis 90/Die Grünen beantragen eine 100-Prozent-Stelle für die Grünabteilung im Dezernat IV.

Begründung

Die städtische Abteilung Grünflächen und Friedhofswesen im Stadtbauamt betreut derzeit:

- städtische Grünflächen: inkl. Park- und Gartenanlagen,
- Ausgleichsflächen und geschützte Biotope,
- sämtliche Stadtbäume,
- die Spielplätze,
- die Außenanlagen von Schulen und Kindergärten,
- die städtischen Waldflächen sowie
- sämtliche Verkehrsbegleitgrünflächen (Quelle städt. Homepage)

In der städtischen Grünabteilung ist im Bereich des Stadtgrüns in den vergangenen Jahrzehnten keine zusätzliche Personalstelle geschaffen worden. In dieser Zeit ist jedoch die Anzahl der zu betreuenden Flächen und Bäume durch die Ausweisung neuer Baugebiete und die Erhöhung rechtlicher Anforderungen erheblich angestiegen. Allein die Anzahl der zu

pflegenden Ausgleichsflächen stieg von 45 ha 2004 auf 110 ha im Jahr 2015, also mehr als das Doppelte (Quelle Nachhaltigkeitsbericht 2015). Die Zahl dieser zu unterhaltenden Flächen wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen (etwa 10 ha / Jahr, Bedarf von 10 Mio. ÖP bis 2028).

Neben den Ausgleichsflächen steigt auch die Anzahl städtischer Grünflächen und Bäume in den kommenden Jahren durch die Umsetzung weiterer Bauprojekte (s. Wohnbauvorlage) weiter stark an. Neben dem müssen Projekte aus dem ISEK, wie die Umgestaltung des Uferparks sowie die Umsetzung des Grünraumkonzeptes organisiert und realisiert werden. Durch Klimaveränderungen ergeben sich weitere Ansprüche an das Personal (Sturmschäden, Hitzeregulierung).

Qualitative Grünflächen, Spielplätze und Parks sowie ausreichend vitale Stadtbäume sind in einer Stadt wie Friedrichshafen, mit hoher Bedeutung als Wohn- und Arbeitsstandort, Urlaubsziel und Messestadt von sehr großer Wichtigkeit. Mit dem Zuzug und der zunehmenden Dichte Friedrichshafens steigt die Bedeutung qualitativen Stadtgrüns umso mehr.

Wir beantragen daher die Schaffung einer 100-Prozent-Stelle für die Grünabteilung.

Bündnis 90 / Die Grünen
Gemeinderatsfraktion Friedrichshafen
Schanzstraße 14
88045 Friedrichshafen
☎ 07541/203-7930
✉ fraktion@gruene-fn.de

Fraktionsvorsitzende
Mathilde Gombert
☎ 07541-42202
✉ Mathilde.Gombert@rat.friedrichshafen.de

Friedrichshafen, 8.12.2017

Anträge zum Doppelhaushalt 2018/2019

.....

Personalstelle (100 Prozent) zur Kontrolle von Festsetzungen in Bebauungsplänen

Antrag

Bündnis 90/Die Grünen beantragen eine 100-Prozent-Stelle zur Kontrolle von Festsetzungen in Bebauungsplänen.

Begründung

Der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen diskutiert und beschließt in nahezu jeder Sitzung Bebauungspläne. Diese Bebauungspläne enthalten Vorgaben für die Umsetzung der Bebauung sowie Festsetzungen zur Grünordnung. Innerhalb der Stadtverwaltung arbeiten zahlreiche Mitarbeiter in den jeweiligen Ämtern an der Erstellung der Bebauungspläne bzw. Satzungen.

Die Einhaltung der Festsetzungen, insbesondere der grünordnerischen Bestimmungen auf privaten Grundstücken, ist in Friedrichshafen aus unserer Sicht mangelhaft. Die Kritik an der fehlenden Kontrolle ist häufig Thema im Gemeinderat, in den Ortschaftsräten und nicht zuletzt bei den Bürgerinnen und Bürgern. In nahezu jedem Bebauungsplan finden sich beispielsweise Festsetzungen der Grünordnung zur Aufwertung des Siedlungsbildes (z.B.

Verbot von Thuja-Hecken) oder zur Förderung der heimischen Artenvielfalt (Verwendung heimischer Gehölze), deren Umsetzung jedoch nie erfolgt ist.

Die Umsetzung der Vorgaben aus Bebauungsplänen wird bei der Stadt Friedrichshafen laut einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lediglich im Rahmen der Baukontrolle im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens geprüft. Die Kontrolle der Grünordnung erfolgt dabei nicht bei jedem Bauvorhaben. Die Überprüfung der Einhaltung endet mit der Baugenehmigung. Danach erfolgt eine Überprüfung nur nochmal in begründeten Verdachtsmomenten.

Um die intensive Arbeit von Gemeinderat und städtischen Mitarbeitern zu würdigen, ist eine Umsetzung der Vorgaben aus Bebauungsplänen und Satzungen zwingend notwendig. Die seit langer Zeit mangelhafte Umsetzung, insbesondere auf Privatgrundstücken, kann aus unserer Sicht nur durch gezielte, regelmäßige Kontrollen nach der Baugenehmigung verbessert werden.

Wir beantragen daher die Schaffung einer Personalstelle zur Kontrolle der Umsetzung von Festsetzungen in Bebauungsplänen einschließlich grünordnerischer Festsetzungen. Die Zuordnung der Stelle innerhalb der Stadtverwaltung ist von der Verwaltung zu klären.

I.5.

SPD-Gemeinderatsfraktion ▪ Schanzstraße 14 ▪ 88045 Friedrichshafen
Telefon 07541 203 7920 ▪ E-Mail fraktion@spd-fn.de ▪ www.spd-fn.de



05.12.2017

Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion

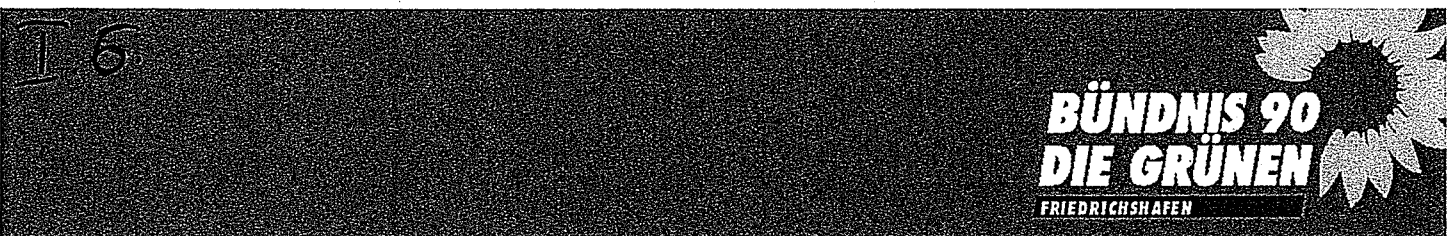
Im Stellenplan 2018/2019 sollen eine Stelle im Planungsamt für den Bereich „ISEK-Kümmerer“ geschaffen werden.

Begründung:

In der Sitzungsvorlage 2017 / V 00196 (ISEK – Abschlussbericht und weitere Vorgehensweise zur Umsetzung der Leitprojekte und zum Monitoring) wird ausgeführt, dass zur dauerhaften Einrichtung einer "ISEK-Kümmerer-Stelle" die Sitzungsvorlage 2017/V 00284 (Stellenplan) entsprechend geändert werden soll.

Dies wird hiermit beantragt.

Der darüberhinausgehende Personalbedarf für ISEK wurde mit oben genannter Sitzungsvorlage seitens der Verwaltung separat für das Frühjahr 2018 angekündigt.



Bündnis 90 / Die Grünen
Gemeinderatsfraktion Friedrichshafen
Schanzstraße 14
88045 Friedrichshafen
☎ 07541/203-7930
✉ fraktion@gruene-fn.de

Fraktionsvorsitzende
Mathilde Gombert
☎ 07541-42202
✉ Mathilde.Gombert@rat.friedrichshafen.de

Friedrichshafen, 8.12.2017

Anträge zum Doppelhaushalt 2018/2019

.....

Personalstelle (100 Prozent) für den städtischen Bauhof

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen beantragen eine 100-Prozent-Stelle (Fachkraft) für den Baubetriebshof zur Pflege der Kompensationsflächen.

Begründung

Laut Sitzungsvorlage 2017 / V 00308 hat es sich die Stadtverwaltung zum Ziel gesetzt, „den Vorrat an verzinsbaren Ökopunkten aus eigenen Maßnahmen auf dem städtischen Ökokonto in den nächsten Jahren auf 2 Millionen Ökopunkte zu erhöhen“.

Aus der Vorlage geht außerdem hervor, dass es bereits heute mehr als hundert Hektar städtischer Ausgleichsflächen gibt, die über Jahrzehnte hinweg fachkundig gepflegt werden müssen.

Zwar besteht in den kommenden zwei Jahren voraussichtlich kein Kompensationsbedarf für städtische Vorhaben, es ist jedoch zu erwarten, dass für Vorhaben anderer Bauträger (Bund, Land, Kreis) für den Bau von Straßen und Radwegen ein erhöhter Ausgleichsbedarf bis 2030 notwendig ist. Die Stadt trägt dafür Sorge, dass diese Flächen jahrzehntelang gepflegt werden.

Um den steigenden Aufwand – sowohl quantitativ als auch qualitativ – an Unterhaltungsmaßnahmen bewältigen zu können, beantragen wir eine Fachkraft für den Baubetriebshof.

I. 7.

SPD-Gemeinderatsfraktion • Schanzstraße 14 • 88045 Friedrichshafen
Telefon 07541 203 7920 • E-Mail fraktion@spd-fn.de • www.spd-fn.de



05.12.2017

Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion

Im Stellenplan 2018 / 2019 sollen 3 Stellen im Baubetriebsamt zusätzlich geschaffen werden.

Begründung:

Friedrichshafen wächst und damit auch der Aufwand. (siehe untenstehende Auflistung von der Homepage der Stadt Friedrichshafen und die Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan) Zudem gehen über das Portal „Sag's doch!“ bzw. den Schadensmelder vermehrt Aufträge ein. Sauberkeit und Grünpflege sowie Straßenunterhaltung haben bei den Bürgern einen hohen Stellenwert.

In den Städtischen Baubetrieben sind Bauhof, Stadtgärtnerei und Friedhofsunterhaltung als zentraler Dienstleister für die Fachämter der Stadtverwaltung Friedrichshafen zusammengefasst. Es werden insbesondere folgende Aufgaben erledigt:

- Straßenkontrolle / Unterhaltung der Straßen, Plätze, Rad- und Gehwege
- Unterhaltung von landwirtschaftlichen Wegen, Wanderwegen und Naturlehrpfaden
- Markierungs- und Beschilderungsarbeiten (u.a. Instandsetzung Verkehrszeichen)
- Wartung und Leerung der Parkscheinautomaten und Parkuhren
- Unterhaltung und Pflege der Lichtsignalanlagen (Störungswartung der Ampeln)
- Winterdienst (Räum- und Streudienst, Bereitstellung Streugutbehälter / Splittkisten)
- Masch. und manuelle Reinigung von Straßen, Wegen, Plätzen und Unterführungen
- Leerung von Abfall- und Unterflurbehältern, Reinigung Containerstandorte
- Unterhaltung und Pflege des Straßenbegleitgrüns sowie der Park- und Grünanlagen
- Baumkontrolle und Baumpflege
- Gewässerunterhaltung und Grabenpflege
- Unterhaltung und Pflege der Spiel- und Bolzplätze sowie weiterer Freizeitanlagen
- Unterhaltung und Pflege der Friedhöfe und Gedenkstätten
- Kontrolle, Unterhaltung und Reinigung von Abwasseranlagen
- Unterhaltung und Reinigung der Brunnen / Unterhaltung öffentlicher WC-Anlagen
- Auf- und Abbauten für Sport-, Kultur- und Festveranstaltungen
- Transportleistungen und Umzüge aller Art
- Unterhaltung des eigenen Fuhrparks / Elektro-Check an Maschinen und Geräten
- Maler-, Schlosser- und Schreiner- / Zimmermannsarbeiten
- Gefahrenabwehr und außergewöhnliche Ereignisse (mit Feuerwehr) (z. B. Hochwasser, Ölspur- und Scherbenbeseitigung, Tierkörperbeseitigung, Vogelgrippe, ...)

05.12.2017

Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion

Mobilitätsmanagement: Schaffung der Stelle einer/eines Mobilitätsbeauftragten (1,0 Stellenanteile)

Antrag:

Einstellung von Haushaltsmitteln im Doppelhaushalt 2018/2019 zur Schaffung einer 1,0 Personalstelle für eine/n Mobilitätsbeauftragte/n als Querschnittsstelle innerhalb der städtischen Verwaltung.

Begründung:

Mobilität wird durch verschiedene Verkehrsmittel gewährleistet. Sie reichen vom motorisierten individual Verkehr (Pkw und Motorrad), über den ÖPNV mit Bus und Bahn und den Radverkehr bis zum Fußverkehr. Diese Verkehrsarten stehen einerseits oft untereinander in Konkurrenz um Flächen und Nutzung, werden oft aber auch intermodal kombiniert: (mehrgliedrige Transportkette bzw. kombinierter Verkehr)

Neben den klassischen planerischen Aufgaben bei der Planung und Umgestaltung des öffentlichen Raumes wird es immer wichtiger, im Rahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements auch die wichtigsten Verkehrserzeuger, also insbesondere die mittleren und großen Betriebe, aber auch die Schulen, Hochschulen, den Einzelhandel und die Wohnungswirtschaft in die Prozesse der Verkehrsplanung einzubeziehen. Dies geschieht immer häufiger im Rahmen des strategischen Verkehrsmanagements. Auf diese typischen Verhandlungsaufgaben ist die klassische Verkehrsplanung leider bisher in vielen Städten schlecht vorbereitet und es fehlt an geschultem Personal dafür.

Das Mobilitätsmanagement wird an allen Planungen und Investitionen von Straßen, Parkhäusern, Buslinien, Radwegen, Fahrrad-Abstellplätzen, Gehwegen, Verkehrssteuerungen über Signalanlagen und/oder Geschwindigkeitsregelungen beteiligt und hat vor allem die Aufgabe, den verschiedenen Akteuren in der Verwaltung, vor allem aber in der Wirtschaft die verschiedenen Probleme, Herausforderungen und Lösungsansätze nahe zu bringen und so zu integrierten Handlungsansätzen beizutragen. Diese Aufgaben können unter dem Begriff des Verkehrssystemmanagements zusammengefasst werden und gehen über die Aufgaben einzelner Ämter hinweg mit dem Schwerpunkt auf Integration, Information und Koordination.

Die Pendlerströme in die Stadt werden stark von den Mobilitätsdispositionen der Betriebe und ihrer Belegschaften beeinflusst. Hieraus ergibt sich das Handlungsfeld des betrieblichen Mobilitätsmanagements durch Aktivitäten des Informations-, Ideen- und Erfahrungsaustausch mit den Betrieben und dem Handel.

Der dritte Aufgabenbereich des städtischen Mobilitätsmanagements liegt in den Außenbeziehungen. Kontakte nach außen zu den Nachbar-Kommunen und -Kreisen, dem Land, dem Bund und der EU

sind für die frühe Kenntnis von Förderungen, der erfolgreichen Förderung selbst als auch für ein möglichst koordiniertes Handeln mit den Nachbarn von großer Bedeutung.

Im ISEK war der Themenblock „Verkehr und Mobilität“ in Friedrichshafen ein zentrales Thema. Das hohe und steigende Aufkommen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und des Schwerlastverkehrs in Friedrichshafen empfinden viele als große Belastung – egal ob sie nun als Anwohner von stark frequentierten Straßenzügen oder als selbstfahrende Verkehrsteilnehmer davon betroffen sind. Sie wünschen sich in erster Linie weniger Lärm, saubere Luft und weniger Staus.

Mit einem erfolgreichen Mobilitätsmanagement ist eine Verschiebung des Modalsplits hin zum Umweltverbund und zu mehr Lebensqualität bei gleichzeitig gut funktionierender und sinnvoll gelenkter Mobilität erreichbar, ein bedeutender Aspekt für die nachhaltige Stadtentwicklung.

So lassen sich Zeit- und Kostenersparnisse für die Verkehrsteilnehmer insbesondere im innerstädtischen Verkehr – hier begrenzt durch den vorhandenen Platz die Kapazität des MIV – am ehesten durch den Ausbau des Rad- und Fußverkehrs und Entlastung vom reinen Durchgangsverkehr erzielen.

Beim Mobilitätsmanagement steht das Optimieren von Verkehr durch Maßnahmen der Kommunikation (intern und extern), Information (öffentlichkeitswirksam), Kooperation (Querschnittsaufgabe intern, extern) Organisation und Verkehrslenkung im Vordergrund. Auf diese Weise sollen tatsächliche oder wahrgenommene Hürden bei der Nutzung des Umweltverbundes (Bahn, Bus, Rad, Fuß, Schiff) durch den Mobilitätsbeauftragten abgebaut werden. Konkrete Ziele sind:

- Verbesserung der Leistungsfähigkeit des städtischen Verkehrs bei gleichzeitiger Reduktion der negativen Auswirkungen des Verkehrs auf die Bürger
- Verbesserte Verknüpfung der Verkehrsträger und Verkehrsmittel (Intermodalität)
- Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz des gesamten Verkehrssystems
- Verbesserung des Zugangs zum Umweltverbund, Erhöhung seiner Wirtschaftlichkeit
- Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse durch eine effizientere Nutzung der bestehenden Infrastruktur

Die Stelle der / des Mobilitätsbeauftragten soll als Querschnittsstelle in der städtischen Verwaltung angesiedelt sein.

Bündnis 90 / Die Grünen
Gemeinderatsfraktion Friedrichshafen
Schanzstraße 14
88045 Friedrichshafen
☎ 07541/203-7930
✉ fraktion@gruene-fn.de

Fraktionsvorsitzende
Mathilde Gombert
☎ 07541-42202
✉ Mathilde.Gombert@rat.friedrichshafen.de

Friedrichshafen, 7.12.2017

Anträge zum Doppelhaushalt 2018/2019

Aufstockung der Personalstellen im Jugendtreff PRO um einen Stellenanteil von 40%

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen

Im Doppelhaushalt 2018/2019 werden die nötigen Mittel zur Verstärkung der Personalstellen im Jugendtreff PRO um einen Stellenanteil von + 40% eingestellt.

Begründung

Gutes Leben beginnt im sozialen Quartier.

Das Leben und Aufwachsen im Quartier prägt seine (jugendlichen) Bewohnerinnen und Bewohner. Unterschiedliche Voraussetzungen können Perspektiven, Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten bieten oder verschließen. Deshalb stellt das Quartier einen wichtigen Handlungsrahmen für gesellschaftliche Gestaltungsprozesse dar. Es ist Ausgangspunkt für gesellschaftliche Teilhabe und trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Hier bedarf es passgenauer Lösungen für unterschiedliche Anforderungen und Herausforderungen.

Als eine ebensolche passgenaue und deshalb für die Nutzer gut etablierte und funktionierende Lösung für das Wohngebiet Heinrich-Heine-Straße und nähere Umgebung wurde in der KSA-Sitzung am 08.11.2017 (2017 / V 000286) der Jugendtreff PRO als niederschwelliges Quartiersangebot für Kinder und Jugendliche vorgestellt.

Das pädagogische Personal genießt eine hohe Akzeptanz bei den jugendlichen Besuchern, es entsteht eine gerade für diese Alters- und Zielgruppe wichtige vertrauensvolle Beziehung, die, gekoppelt mit einem wertschätzenden Umgang wiederum zur Stärkung von

Selbstakzeptanz und Selbstwertschätzung führt. Die Arbeit der Mitarbeiterinnen im Jugendtreff PRO kann insofern als hoch-präventiv eingestuft werden.

Durch die begrüßenswert hohe Akzeptanz des Jugendtreffs kommt es zu

- stetig steigende Besucher- und Beratungszahlen
- Ausdehnung der Altersgrenze nach unten in den Bereich Grundschulkinder
- verstärkte Nachfrage bei Unterstützung vom Übergang Schule und Beruf
- Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei Gewalterfahrungen, Drogenmissbrauch und sonstigen Problematiken
- daraus resultierende notwendige Kooperationen mit anderen Institutionen

Die gestiegenen Anforderungen bringen die Mitarbeiterinnen des Jugendtreff PRO an den Rand ihrer personellen Kapazitäten.

Um die hohe pädagogische Qualität des Jugendtreff PRO zu erhalten und die positiven Auswirkungen für das Quartier zu stärken, beantragen wir eine Aufstockung der Personalstellen um 40 % Stellenanteile.

II. 1.



Antrag zur Jugendsozialarbeit:

„Die FW beantragen, die Jugendsozialarbeitsstelle im Jugendtreff PRO in der Albert-Merglen-Schule von aktuell 60 auf 100 Prozent aufzustocken.“

Begründung:

Im Quartier des Jugendtreffs PRO zeigt sich deutlich, dass neben Freizeitangeboten insbesondere sozialpädagogische Beratung und Begleitung der Kinder und Jugendlichen erforderlich ist. Dies wird bereits mit großem Einsatz und Feingefühl von den Mitarbeiterinnen vor Ort geleistet. Dabei zeigt sich sehr eindrucksvoll, dass diese Arbeit insbesondere auch an der Schnittstelle Schule/Beruf eine hervorragende Erfolgsquote von 80 Prozent erreicht, welche durch die Unterstützung bei Bewerbungen eine betriebliche Ausbildung beginnen können.

Deutlich zeigt sich allerdings, dass die Mitarbeiterinnen an ihre personellen Kapazitätsgrenzen kommen, da in den vergangenen Monaten zusätzlich zahlreiche Flüchtlinge im Quartier in Anschlussunterbringungen zugewiesen wurden. Dadurch erhöhte sich die Frequentierung des Treffs erheblich.

Zusätzlich wäre eine wünschenswerte Erweiterung des Angebotes eine Ausweitung der Öffnungszeiten des Treffs, sowie unter anderem die Einrichtung eines speziellen Mädchentreffs, um hier geschlechtsspezifisch die Akzeptanz zu verbessern und zu erweitern.

Die Fraktion der FW beantragt daher den Stellenanteil von [REDACTED] von bisher 60 auf dann 100 Prozent zu erhöhen.

III. 1.



Die Fraktion der Freien Wähler bittet die Verwaltung darum, die Einrichtung eines wissenschaftlichen Volontariats im Schulmuseum zu prüfen – analog zum vergleichbaren Modell im Zeppelin Museum.

Begründung:

Ein wissenschaftlicher Volontär wäre eine für die Stadt kostengünstige Alternative und für das Museum, das einen Volontär möglichst in allen Arbeitsfeldern einsetzen kann und muss, eine große Unterstützung für die tägliche und bekanntlich recht vielfältige Arbeit.

III 2.



Die Fraktion der Freien Wähler beantragt, für das Schulmuseum eine Stelle im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres – kurz FSJ – einzurichten.

Begründung:

Junge Menschen können sich hier in einer vielfältigen Weise einbringen. Dies gewährleistet beispielsweise die Förderung ihrer sozialen Kompetenz durch den Umgang mit den Museumsbesuchen jeden Alters, aber auch zeitgleich die Vorliebe für eine Arbeit in einem Museum.

Angesichts der vor allem 2017 gestiegenen Zahl an Veranstaltungen, die sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung des Hauses bemerkbar machen, kann das Team des Schulmuseums eine solche Unterstützung dringend gebrauchen.